

I.

In den letzten Jahren haben sich die internationalen Spannungen erheblich zugespitzt. Die Menschheit näherte sich einem Punkt, an dem die Ereignisse außer Kontrolle geraten können.

Das Wettrüsten nimmt rapide zu. Die Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in einer Reihe westeuropäischer NATO-Länder schuf eine neue gefährliche Situation auf dem Kontinent und zwang die Sowjetunion sowie einige andere sozialistische Länder zu Gegenmaßnahmen. Besondere Besorgnis ruft die Gefahr der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum hervor. Das würde die gesamte strategische Lage destabilisieren und den Kosmos in eine neue Quelle tödlicher Gefahr für die Menschheit verwandeln.

Die Ursachen der zunehmenden Spannungen und wachsenden Kriegsgefahr liegen in der Politik des Imperialismus, vor allem der USA, die nicht verhehlen, daß sie das Ziel verfolgen, militärische Überlegenheit zu erlangen, um anderen Völkern und Staaten ihren Willen zu diktieren.

Unter keinen Umständen werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Sicherheit ihrer Völker preisgeben. Sie streben nicht nach militärischer Überlegenheit, werden aber auch keine über sich zulassen. Sie sind entschiedene Gegner des Wettrüstens und seiner Eskalation. Sie treten für ein Kräftegleichgewicht auf niedrigstem Niveau ein.

Hauptziel ihrer Außenpolitik war und bleibt es, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu beseitigen, das Niveau der militärischen Konfrontation zu vermindern und die internationalen Beziehungen im Geiste der friedlichen Koexistenz und der Entspannung zu entwickeln. Sie gehen davon aus, daß ideologische Unterschiede nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen werden und deren Stabilität untergraben dürfen, daß heute wie nie zuvor das aktive Zusammenwirken aller Staaten und Kräfte, die für die Normalisierung der internationalen Lage eintreten, notwendig ist. Darauf ist eine große Zahl von Vorschlägen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und anderer friedliebender Länder gerichtet. Der politische Dialog zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, das Auftreten realistisch denkender Kreise, die Aktivität der Friedensbewegungen, aller Friedenskräfte beweisen, daß die Rückkehr zur Entspannung und ihre Ausdehnung auf alle Gebiete der zwischenstaatlichen Beziehungen, die Wende zu zuverlässiger Sicherheit und Zusammenarbeit durchaus erreichbar sind.

Eine solche Wende erfordert, mit der Politik der Stärke und der Konfrontation Schluß zu machen. Alle Staaten müssen die Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, des Verzichts auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen und territorialen Integrität, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichteinmischung in die in-